



Foto: hpgruesen auf pixabay.com

# „Europa. Jetzt aber richtig!“ - Alle wollen die EU neu gründen

*von Suitbert Cechura*

Vom französischen Präsidenten, der sein Land zur europäischen Führungsmacht berufen sieht, bis zu den deutschen Gewerkschaften (DGB-Motto zum 1. Mai: „Europa. Jetzt aber richtig!“) wollen alle die EU neu gründen, damit sie mächtiger, effizienter und, natürlich, „bürgernäher“ wird. Eine Einstimmung auf europäische Großmachtambitionen ist auch deshalb nötig, weil bald im Mai die verehrten Wähler und Wählerinnen wieder zu den Urnen gerufen werden. Gegen diese Vereinnahmung für eine – angeblich über alle nationalen Zweifel erhabene – gute Sache hier einige Einwände.

Anfangs war es eine Montanunion, dann eine Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die zum Binnenmarkt und zur mächtigen Währungsunion aufwuchs. Glaubt man den Regierenden: ein einziger Segen nicht nur für Kapitalstandorte und Staatshaushalte, die mit einem gefragten Geld und einer global wirksamen Kreditmacht wirtschaften konnten, sondern für uns alle. Jetzt geht es angeblich um Höheres und Höchstes, um Werte wie Frieden und Völkerverständigung. Das hört man jedenfalls von allen Seiten – mit Ausnahme natürlich der Störenfriede aus dem „rechtspopulistischen“ Lager.

## **Europa – die Wertegemeinschaft**

Dass es sich bei Europa um eine *Wertegemeinschaft* handeln soll, erscheint angesichts der Auseinandersetzungen innerhalb der Union, wie sich diese Werte buchstabieren lassen,

mehr als fraglich. Der Zusammenschluss auf Grund gemeinsamer Wertvorstellungen wird heute auch als ein Stück Geschichtsklitterung geoutet, spricht US-Präsident Trump doch offen aus, dass sich die europäischen Staaten damit gegenüber der überlegenen US-Konkurrenz behaupten wollten – was er jetzt als unlauteren Wettbewerb nicht länger dulden will. So machen denn auch die deutschen Wirtschaftsführer bei ihrer EU-Wahlwerbung kein Geheimnis daraus, dass es den bisherigen wirtschaftlichen Erfolg zu verteidigen gilt: „Jahrzehntelang gab es einen europäischen und überwiegend auch globalen Konsens, dass mehr Zusammenarbeit zu mehr Wohlstand für alle führt. Dieser Konsens ist durch eine Reihe von Entwicklungen bedroht“, so Eon-Chef Johannes Theysen und weiter: „Umso mehr geht es jetzt darum, dafür zu kämpfen.“ („Revierkonzerne warnen vor Populisten in Europa“, WAZ, 12.3.2019)

Was der Konzernchef als Argument für die Wahlbeteiligung anführt, stellt die Welt allerdings etwas auf den Kopf. Schließlich arbeiten Konzerne nicht zusammen, sondern konkurrieren gegeneinander; dasselbe gilt für die Staaten, von denen jeder darauf bedacht ist, dass ihm die Zusammenarbeit in der Union Vorteile bringt – sonst legt man sich quer. Dass dies zum Wohlstand für alle geführt habe, ist ebenso eine Legende. Wohlstand hat es für einige Konzerne und Staaten gebracht, aber nicht für deren Bürger. Für die Sichtweise des Konzernchefs muss man schon die Sanierungspolitik der EU vergessen, die in vielen Ländern der EU hohe Arbeitslosigkeit und flächendeckende Armut hervorgebracht hat. Auch in Deutschland beruht der Erfolg der Nation auf der Einrichtung eines großen Niedriglohnsektors, der seine Wirkung auf das Lohnniveau insgesamt gezeigt hat. Denn wenn über hohe Mieten geklagt wird, dann können sich offenbar auch Normalverdiener so etwas Selbstverständliches wie Wohnen kaum noch leisten. Profitiert von der EU haben Konzerne, die durch den Binnenmarkt ihre Geschäftsfelder erweitern und Konkurrenten aus dem Markt schlagen konnten, profitiert hat auch ein Staat wie Deutschland, dessen ökonomisches Macht zur bestimmenden Kraft in Europa wurde.

**Profitiert von der EU  
haben Konzerne, die  
durch den Binnenmarkt  
ihre Geschäftsfelder  
erweitern und  
Konkurrenten aus dem  
Markt schlagen konnten**

Dass die als so verteidigungswert gelobte Gemeinschaft auch ihre Schattenseiten hat, wird nicht verschwiegen. Es wird vielmehr in Vorbereitung auf die Europawahlen, die vom 23. bis 26. Mai stattfinden, als Auftakt dazu benutzt, Wahlwerbung für eine Neugründung der EU zu machen. In dem Punkt sind sich alle einig mit dem französischen Präsidenten, der den europapolitischen Aufbruch mit großem Pathos angekündigt hat: „Europa im Wandel – Zeit zu handeln!“ (SPD); „Gemeinsam mit unseren liberalen europäischen Partnern wollen wir einen neuen Aufbruch Europas gestalten“ (FDP); „Europas Versprechen erneuern“ (Grüne); „Neustart der EU“ (Linke); „Europa richtig machen“ (CDU); „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht innerhalb einer Legislaturperiode verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine

geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“ (AfD).

Für den anlaufenden Europawahlkampf haben sich mittlerweile alle Parteien positioniert. Dabei treibt sie die Sorge um, dass den meisten Bürgern das Ereignis egal sein könnte. Denn die Vergangenheit und die Umfragen zeigen, dass allenfalls die Hälfte der Wahlberechtigten bereit ist, sich an einer solchen Wahl zu beteiligen. Dies hat bislang auch nicht weiter gestört, erbrachte die Wahl doch so oder so ein Ergebnis, mit dem die Parteien weiter regieren konnten. Das ist jetzt anders. Bis auf die AfD haben sie alle die Befürchtung, dass bei der nächsten Wahl Parteien die Mehrheit bekommen könnten, die die eingerichteten Verhältnisse in der EU in Frage stellen: „In ganz Europa schüren Rechtsextremisten und Rechtspopulisten Abstiegsängste. Sie wollen unsere Gesellschaft spalten, bieten keine wirklichen Lösungen. Wir halten bei der Europawahl dagegen...“ (NRW-SPD: Europawahl 2019: Unsere Positionen und Kandidaten)

Deshalb machen nicht nur sie sich Gedanken, wie sie mehr Bürger zur Wahl ihrer Parteien bewegen können. Die Medien, auch Wirtschaftsverbände und Arbeitervertretungen sehen sich genötigt, die Bürger zur Wahl aufzufordern, wobei sie gleichzeitig klarstellen, was man zu wählen hat. Denn in der Mehrheit ist man sich einig, dass die Gefahr des Populismus, der Europa umkrepeln will, gebannt gehört. Dabei setzen die proeuropäischen Agitatoren nicht auf großartige Programmatik: „Es wird kein Programm mit mehreren hundert Seiten geben, das fast niemand liest...“ (Europawahl: CDU-Generalsekretär Ziemiak spricht Klartext). So bringen sie zum Ausdruck, was sie von den mündigen Bürgern halten: Sie setzen auf schlagkräftige Parolen und auf die Einigkeit, die für alle Parteien gilt, dass es sich nämlich bei dem Projekt Europa um eine Wertegemeinschaft handelt, die auf jeden Fall zu verteidigen ist. Und das teilen ja sogar die „populistischen“ EU-Kritiker: „Der Islam bedrohe Europa, gefährde den Frieden und die Rechts- und Werteordnung, die europäischen Staaten müssten demnach die drohende Islamisierung Europas verhindern.“ (der westen: Europawahl 2019: AfD bringt bisher undenkbares Szenario ins Spiel) Dissens besteht dann jedoch darin, gegen wen diese Wertegemeinschaft zu verteidigen ist.

**Die proeuropäischen  
Agitatoren setzen nicht  
auf großartige  
Programmatik - sie  
setzen auf  
schlagkräftige Parolen**

### **Für ein soziales Europa**

Dass es mit dem gemeinsamen Wohlstand für alle in der EU nicht weit her ist, geben die Parteien zu Protokoll, wenn sie z.B. über die Einrichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung streiten: „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten wir gemeinsam. Deshalb wollen wir die Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung effizient bekämpfen. Wir setzen uns für eine Arbeitslosenrückversicherung ein.“ (SPD) Es ist schon seltsam, wenn sich die Partei, die prekäre Beschäftigung mit ihren Hartzreformen

durchgesetzt und an dem Sanierungsprogramm des Euro maßgeblich beteiligt hat – was zur Massenarbeitslosigkeit in vielen Ländern führte –, als die Instanz hinstellt, die gegen die Auswirkungen der (=ihrer) Politik vorgehen will. Es ist eben die Art und Weise, wie Politiker sich von den Folgen ihrer Politik distanzieren, für die sie nicht verantwortlich sein wollen, und sich als Helfer aus der von ihnen geschaffenen Not gerieren. Bei der EU hat dies oft die Form, dass man auf Brüssel verweist, also selber nicht verantwortlich sein will. Dabei gibt es keine Regelung aus Brüssel, die nicht letztendlich von den nationalen Regierungen beschlossen wurde. Es ist schließlich der Europäische Rat, die Versammlung der Regierungschefs, die jeder Regelung zustimmen muss.

Dass Europa auch in Zukunft für viele Bürger Arbeitslosigkeit und Armut bedeutet, davon geht ebenfalls die Linke aus, wenn sie auf kompensatorische Maßnahmen drängt: „Ab einer Erwerbslosenquote von fünf Prozent sollten die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm einzuführen. Ein europäischer Sozialfonds solle im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosenversicherung eines Landes stützen.“ (Zeit-online: Linkspartei fordert Neustart der EU) Wer antritt, Schäden für die Betroffenen abzuschwächen, will sie bzw. ihre Ursachen offenbar nicht beseitigen, sondern mit dafür sorgen, dass Europa auch von den Geschädigten akzeptiert wird.

Diese Form des Eintretens für die Opfer der EU-Politik trifft aber nicht überall auf Zustimmung: „Unter anderem schlägt Kramp-Karrenbauer die Schaffung eines ‚gemeinsamen Binnenmarktes für Banken‘ vor. ‚Gleichzeitig müssen wir konsequent auf ein System von Subsidiarität, Eigenverantwortung und damit verbundener Haftung setzen. Europäischer Zentralismus, europäischer Etatismus, die Vergemeinschaftung von Schulden, eine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns wären der falsche Weg.“ (Welt: Kramp-Karrenbauer antwortet Macron) Eigenverantwortung wird von der neuen CDU-Vorsitzenden nicht nur für die Staaten, sondern auch für die Bürger gefordert. Die sollen mit ihren Mitteln für sich sorgen – ein europäischer Wert ist ja speziell die Freiheit, die jeder in gleicher Weise genießt –, und wer nur über sich als Arbeitskraft verfügt, muss eben zusehen, dass er jemanden findet, der ihn in Lohn und Brot setzt. Der Dienst, den AKK für diese Menschen verspricht und sich darin wieder mit ihren Kontrahenten einig weiß, besteht in der Unterstützung derer, die mit der Beschäftigung von „Lohnabhängigen“ oder der Kreditierung von Geschäft ihren Gewinn machen und ihr Vermögen vermehren. Nur die verdienen Unterstützung – alles andere wäre eine Verfälschung der Verhältnisse, die deutschen Firmen den Erfolg und Deutschland die

**Es gibt keine Regelung  
aus Brüssel, die nicht  
letztendlich von den  
nationalen Regierungen  
beschlossen wurde**

**Nur die verdienen  
Unterstützung, die  
deutschen Firmen den  
Erfolg und Deutschland  
die beherrschende  
Position in der EU  
eingebracht haben**

beherrschende Position in der EU eingebracht haben. Dieser Einsatz für das Geschäft ist das Soziale der EU, weil es Arbeit und Einkommen nur gibt, wenn deren Einsatz sich lohnt.

## **Gemeinsamer Klima- Und Umweltschutz**

Der Erfolg der Europäischen Gemeinschaft hat nicht nur in Sachen Arbeitslosigkeit und Armut seine Spuren hinterlassen, sondern auch in der Ruinierung der natürlichen Lebensgrundlagen. Also steht Klimaschutz in allen Programmen der Parteien: „Wir machen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bisher weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiegewinnung werden wir unabhängig von Kohle, Öl und Gas, schützen Klima und Umwelt und schaffen nachhaltige Jobs.“ (Grünes Wahlprogramm zur Europawahl) Es kann einen immer wieder sprachlos machen, wie dreist Politiker sich in der Öffentlichkeit zu Wort melden.

**Es kann einen immer  
wieder sprachlos  
machen, wie dreist  
Politiker sich in der  
Öffentlichkeit zu Wort  
melden**

Die Partei, die während ihrer Regierungszeit gemeinsam mit dem Auto-Kanzler Schröder alles in der EU blockierte, was der deutschen Autoindustrie schaden könnte, und so mit dafür sorgte, dass die Luft in den Städten mit Feinstaub und Stickoxiden belastet ist, für deren Qualität von ihnen im Rahmen der EU Grenzwerte mitbeschlossen wurden, zu deren Einhaltung allerdings nichts unternommen wurde, statt dessen z.B. in NRW der Betriebsplan zum Abbau der Braunkohle absegnet wurde – diese Partei entdeckt jetzt plötzlich Potenziale für den Umweltschutz, die noch nicht genutzt wurden.

Doch nicht nur die Grünen haben den Klimaschutz in ihrem Wahlprogramm, auch die FDP; die CDU-Vorsitzende schlägt einen Pakt für Klimaschutz vor; die Linke entdeckt im Klimaschutz ein linkes Thema: die SPD setzt sich für Klimaschutz und nachhaltige Industrie ein; lediglich für die AfD ist das kein Thema. So nehmen die Parteien das Ergebnis ihrer vergangenen Politik zur Kenntnis, das die Lebensgrundlagen der Bürger, aber eben auch die Grundlagen der Wirtschaft gefährdet, und streben einen Klima- und Umweltschutz an, der den Erfolg der Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Deshalb sehen sie keinen Widerspruch darin, ständig Umweltschutzregelungen im Rahmen der EU zu blockieren, Grenzwerte aufzuweichen und die Realisierung von Umweltzielen auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben – oder gegebenenfalls die eigenen Umweltziele für nicht erreichbar zu erklären. So verfolgen sie das Ziel, Umweltschutz mit dem Wachstum der Wirtschaft, die nur ein Ziel kennt, das der Geldvermehrung, zu vereinbaren, weswegen gesundheitliche Schäden der Bevölkerung in Kauf genommen werden. Und dafür lassen sich die Politiker – ganz fachmännisch – von wissenschaftlichen Instituten den Umfang der Gesundheitsschäden und Todesfälle als Folge dieser Politik hochrechnen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup>Siehe dazu ausführlich: [Lungenärzte zum Dieselskandal – Ein Lehrstück in Sachen Medizin](#). Auswege-Magazin, 31. Januar 2019.





Foto: Alexander Hauk / pixelio.de

## **Gemeinsamer Grenzschutz und ein europäisches Asylrecht**

Das Thema Grenzschutz und Asylrecht ist nicht nur Streitgegenstand zwischen den Regierungen der EU, sondern beschäftigt auch die Wahlkämpfer im Europawahlkampf: „Wir wollen ein europäisches Asylrecht, das die Aufnahme schutzbedürftiger Menschen endlich gemeinsam und solidarisch organisiert. Dabei ist klar: Flüchtlingslager müssen menschenwürdig organisiert und entsprechend ausgestattet sein. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden und Städte und Gemeinden, die Geflüchtete aufnehmen, benötigen direkte Unterstützung der EU.“ (NRW-SPD, Europawahl 2019: Unsere Positionen) Was sich als Sorge um schutzbedürftige Menschen vorträgt, ist insofern erstaunlich, als niemand die (mit-)regierende SPD daran hindert, diesen Schutz zu gewähren. Der Schutz von Verfolgten steht für sie aber nicht im Vordergrund, sondern dass das Asylrecht europäisch geregelt wird, Deutschland also mitbestimmt, wen andere Staaten der EU aufzunehmen oder zurückzuweisen haben. Gegen diesen Anspruch wehren sich andere EU Mitglieder, die nicht bereit sind, in diesen Fragen ihre Souveränität aufzugeben.

Keinen Reformbedarf sieht die SPD hingegen beim Außenschutz, der inzwischen lückenlos funktioniert, da die Flüchtlinge bereits an den Küsten des Mittelmeers von den dortigen Staaten eingefangen und eingesperrt werden. Wenn nun für diese Lager eine menschenwürdige Ausstattung gefordert wird, so grenzt es an Zynismus, handeln die dortigen Regierungen oder Milizen doch im Auftrag der EU und mit den Mitteln, die sie von ihr zugestanden bekommen haben. Dass es keine Seenotrettung mehr gibt, geht nicht nur

auf Länder wie Italien oder Malta zurück, die keine Boote mehr in ihre Häfen lassen, sondern ist auch das Ergebnis der deutschen Entscheidung, sich aus dem Programm zurückzuziehen. Das Ertrinken von Menschen im Mittelmeer ist seitdem auch kein besonderes Thema mehr in der deutschen Presse, obgleich nicht anzunehmen ist, dass mit dem Einstellen der Seenotrettung keine Flüchtlinge mehr im Mittelmeer ertrinken würden. Stattdessen findet eher der Kritik an Trumps Mauerbau Platz.

## **Europa als Friedensmacht**

Einen umfassenden Reformbedarf entdecken alle Parteien – bis auf die AfD natürlich –, wenn es um die Rolle Europas in der Welt geht. Dann überschlagen sie sich auch bezüglich ihrer Änderungsvorstellungen. Robert Habeck von den Grünen z.B. sieht Europa als Chance, die Handlungsfähigkeit von Politik wiederherzustellen: „Wenn Probleme und Herausforderungen – der Klimawandel, Migration, Krieg und Frieden, ein wildgewordener Kapitalismus – größer sind als die nationale Steuerungskompetenz, dann müssen die Antworten transnational erfolgen.“ (Grünes Wahlprogramm zur Europawahl 2019)

Es ist schon seltsam, wenn Politiker sich selber Handlungsunfähigkeit bescheinigen, wo sie sich doch ständig hoheitlich betätigen, Gesetze verabschieden, auf andere Staaten mit Sanktionen und Angeboten einwirken, Kriege wie in Afghanistan oder Mali führen etc. Sie sind offenbar unzufrieden mit dem Umfang ihrer Handlungsfähigkeit und sehnen sich nach mehr Macht und Machtmitteln. Und in der EU sehen sie die Möglichkeit, ihre Macht zu erweitern oder, wie es die SPD ausdrückt, die Ordnung zu gestalten: „Für ein starkes Europa, das Globalisierung fair, menschlich und zukunftsgerecht gestaltet! Gegen ‚America First‘ hilft nur ‚Europa United‘. Statt weltpolitischer Alleingänge bekennen wir uns weiterhin zur großen Idee der vereinigten Staaten von Europa...“ (NRW-SPD: Europawahl 2019) Damit wird gleich ein Konkurrent benannt, mit dem sich Europa nach den Vorstellungen der Wahlkämpfer messen soll, nämlich, wen wundert’s, die USA! So wie diese will man die Welt nach eigenen Vorstellungen „gestalten“ können – als globale Ordnung, wobei die deutsche Außenpolitik, wie immer, nur das Beste für die Menschheit will, selbst wenn sie Soldaten und Kanonen losschickt.

So denkt die deutsche Kanzlerin auch schon laut über einen europäischen Flugzeugträger nach, mit dem man nicht nur den USA, sondern auch Russland und China anders entgegentreten könnte. Welche Bedeutung Europa in der Welt in Zukunft beanspruchen sollte, macht denn auch die CDU-Vorsitzende deutlich: „Auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik fordert Kramp-Karrenbauer einen ‚gemeinsamen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.‘ Kramp-Karrenbauer fügt hinzu: ‚Gleichzeitig sollten wir in einem Europäischen Sicherheitsrat unter Einbeziehung Großbritanniens über gemeinsame außenpolitische Positionen entscheiden und das gemeinsame Handeln in der Sicherheitspolitik organisieren.‘“ (Welt: Europa-Plan: Kramp-Karrenbauer antwortet Macron)

Mit dem erreichten Stand in der Welt sind die Macher Europas also nicht zufrieden. Zwar stehen bereits deutsche und europäische Truppen in vielen Ländern und sichern so den

Einfluss Europas in der Welt. Doch dies befinden die Wahlkämpfer als einen unbefriedigenden Zustand – wenn sie sich nämlich mit anderen Weltmächten vergleichen, bei denen sie davon ausgehen, dass ihr Verhältnis zu ihnen nicht auf Dauer friedlich bleiben wird. Deshalb stehen gemeinsame Rüstungsanstrengung ganz oben auf der Agenda der maßgeblichen Parteien und machen so noch einmal deutlich, dass es sich bei Europa um ein Projekt mit Weltmachtambitionen handelt.

## **Gemeinsame Rüstungsanstrengung stehen ganz oben auf der Agenda der maßgeblichen Parteien**

### **Eine Alternative für Deutschland?**

In einigen Punkten unterscheidet sich die AfD von ihren Konkurrenten und macht schon mit ihrer Namensgebung deutlich, für wen sie eine Alternative schaffen will: für Deutschland! Und das ist alles andere als ein Versprechen, dass es den Bürgern als Arbeitnehmern oder Mietern besser gehen sollte. Auch die AfD ist wie die anderen Parteien unzufrieden mit der Rolle Deutschlands in der Welt, sieht aber nicht in Europa, sondern in der Rückbesinnung auf die Nation die bessere Alternative.

Aus der Tatsache, dass Deutschland seine Konkurrenten im europäischen Binnenmarkt weitgehend niederkonkurriert hat und zum Er- bzw. Zusammenhalt der EU Mittel aufbringen muss, um Europa weiter als ökonomische wie politische Machtbasis nutzen zu können, macht die AfD eine Schwächung Deutschlands – ganz so, als ob es sich für die anderen opfern würde. Dabei benutzt die Partei die Schädigung der Bürger für das deutsche Erfolgsprogramm propagandistisch als Beleg dafür, dass deutsche Interessen zu wenig zur Geltung gebracht würden. Ganz so, als ob die Politik ein Versorgungsunternehmen für die Bürger wäre und nicht der Einsatz für die Bürger dadurch erfolgt, dass man die Wirtschaft fördert, von deren Wohl und Wachstum alle abhängig gemacht sind. An dieser Abhängigkeit will auch die AfD nichts ändern. Ihr ist es vielmehr selbstverständlich, dass der Einsatz für die Nation Opfer kostet, die auch angebracht sind, wenn sie zur Stärkung Deutschlands beitragen.

## **Für die AfD kostet der Einsatz für die Nation Opfer, die auch angebracht sind, wenn sie zur Stärkung Deutschlands beitragen**

### **Statt einer Wahlempfehlung**

Womit die Parteien für ihre Wahl werben, ist alles andere als ein Heilsversprechen für die geschätzten Bürger und Bürgerinnen. Vielmehr fordern sie die Zustimmung zu Europa als ein imperialistisches Projekt ein. Über dessen Ausgestaltung haben die Parteien ihre eigenen Vorstellungen oder aber auch Träume (im Politjargon: „Visionen“), weil sie meinen, durch die Beteiligung an der Wahl, die Zwecksetzung Europas verändern zu können: „Die



Linkspartei zieht mit der Forderung nach einem Neustart der EU in den Europawahlkampf 2019. ‚Die Linke tritt an, um Europa zu verändern‘, sagt ihr Parteivorsitzender Bernd Riexinger bei der Vorstellung des Entwurfs für ein Europawahlkampfprogramm. In dem Papier kritisiert die Linke die EU scharf. In deren Verträge seien Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben, heißt es etwa in der Einleitung. Kritik reiche aber nicht aus, betonte Riexinger. Die Linke wolle vielmehr Hoffnungsträger für ein besseres Europa sein.“ (Zeit-online: Europawahl: Linkspartei fordert Neustart der EU). Die Feststellung, dass Europa dem Kapitalwachstum dient, reicht diesen Kritikern offenbar nicht aus, sondern sie wollen sich ganz getrennt davon positiv zu Europa stellen und das Prinzip Hoffnung präsentieren. Worauf die sich gründet, bleibt allerdings offen.

## **Man sollte Europa nicht den Politikern überlassen**

Wenn von diesen „Argumenten“ nichts dafür spricht, sich an der Wahl zu beteiligen, heißt das dann, dass einem Europa gleichgültig sein kann? Wer so denkt, übersieht allerdings, dass Europa inzwischen alle wesentlichen Lebensbedingungen bestimmt – angefangen vom Wirtschaftsleben und den darin enthaltenen oder fehlenden Arbeitsmöglichkeiten bis hin zu der verschmutzten Luft und den belasteten Lebensmitteln. Also sollte man Europa nicht den Politikern überlassen.



### **Über den Autor**

Dr. Suitbert Cechura, Bochum, Hochschullehrer und Sachbuchautor, letzte Veröffentlichungen „Unsere Gesellschaft macht krank – Die Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ (2018), „Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ (2015)

### **Kontakt:**

[www.suitbertcechura.com](http://www.suitbertcechura.com)

📧 [Alle Aufsätze von Suitbert Cechura im Magazin AUSWEGE](#)

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)